

Deutsch-französische Beziehungen seit 1945

Seit 1945: von Erbfeinden zum Motor der europäischen Integration. "Eine merkwürdige Geschichte" (Franz Knipping und Ernst Weisenfeld). Seit den Fünfziger Jahren sind alle grossen Sprünge Europas nach vorne unter deutsch-franz. Regie geschehen, von der Kohle und Stahl Gemeinschaft 1950 (Schuman Plan) bis zum Maastricht Vertrag 1992 und die jetzige Verfassung.

Die Erwähnung eben dieser Verfassung, die wahrscheinlich gescheitert ist, zeigt, wir stehen an einem Wendepunkt. Um die jetzige Lage zu verstehen, es ist nicht unnützlich die Vergangenheit der d-fr Beziehungen, seit 1945 und sogar früher, zu skizzieren.

Denn stockt das Motor doch nicht seit einigen Jahren? Seit der Wiedervereinigung? Oder seit dem Nizza Gipfel 2000? Und trotz der regen Zusammenarbeit seit dem Krieg in Irak 2003 und der Vorbereitung der europäischen Verfassung?

Um das zu beurteilen und zu verstehen, ist es nötig auch die weniger positive Seite, die Schatten, die Hintergedanken der Jahren seit 1945 zu erläutern.

Die Grundtendenzen.

Nach 1870 und dem preussisch-franz. Krieg und der Gründung des Reiches, fast ein Jahrhundert um ein neues Gleichgewicht nach dieser Umwälzung Europas zu finden:

- psychologisch: die Kette der Kriege und ihrer Leiden zu überwinden;

- Grenzen und Gebietsansprüche: E-L erst 1945, Saarland erst 1957 endgültig geregelt!

- Die grosse Wahl: sollten beide Länder ihre Sicherheit gegeneinander in Allianzen mit Drittländern (AS, Russland) suchen, oder in einer bilateralen Annäherung?

- Gleichgewicht oder Zusammenarbeit?

Eine solche Umwandlung von Feindschaft zum Eckpfeil der europ. Zusammenarbeit versteht sich nicht wenn man nur das tägliche politische Geschehen betrachtet: Grundtendenzen waren am Werk. Sie haben seit dem XIXten Jahrhundert die zwei Völker näher gebracht, in kultureller Hinsicht sogar seit dem 18.

Seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts war Deutschland der erste Handelspartner Frankreichs: es hatte GB übertroffen. Trotz zwei Weltkriegen wurde Deutschland 1952 wieder

der erste Partner. Die zwei Wirtschaften könnten sich einander ergänzen und Kohle gegen Eisenerz und Stahl, Agrarprodukte gegen Industrieerzeugnisse austauschen.

Psychologisch fiel den beiden Völkern die Annäherung nach zwei unerbittlichen Weltkriegen doch schwieriger. Erst in den 60er Jahren setzte die Versöhnung wirklich ein, erst in den 70er und 80er Jahren wuchs das Gefühl einer besonderen Partnerschaft.

Politisch gesehen war die Lage vor 1949, trotz einiger kurzen Ansätzen zur Verbesserung, meist sehr schwierig. Erst danach wurde es allmählich besser, trotz mehreren Rückschlägen. Von einer spannungslosen Entwicklung seit 1949 kann man nicht reden. Die allgemeine Richtung verlief doch, trotz diesen Schwankungen, positiv. Das verdankt man nicht nur den erwähnten Grundtendenzen, aber auch dem Engagement und dem Handeln vielen Staatsmänner, Politiker, Beamten, Wirtschaftsleute, Kommentatoren oder Leute des Kulturlebens auf beiden Seiten: das geschah nicht von ungefähr.

Selbstverständlich nicht ohne Hintergedanken: ein internationales System: von 1919 bis 1990 suchte D oft Unterstützung bei den AS, F. bei den Russen. Daher manchmal Spannungen. Aber auch Perioden der Zusammenarbeit gegen das Übergewicht der AS oder der SU. Eine differenzierte Geschichte.

1919-1945: zwei Weltkriege und ein erster Annäherungsversuch.

Selbstverständlich trug der erste Weltkrieg heftig zum deutschen Feindbild in Frankreich bei. Auf verschiedenen Ebenen. Zunächst einmal die einfache Reaktion zur Invasion, zum Trauer der Familien der 1 300 000 Opfer, zu der harten Besetzung in Nordfrankreich, zu den Gerüchten über die angeblichen "deutschen Atrozitäten". Auch die Reaktion gegen die deutschen Kriegsziele. Diese Reaktion sollte tief und lang danach sitzen.

Aus Rachegefühl und auch aus Furcht vor der deutschen Macht entstanden teilweise geheimen, aber weitgehenden Kriegsziele. Dieses Feindbild leitete weitgehend die Haltung Frankreichs bei der Friedenskonferenz und im Versailler Vertrag: Regierung und öffentliche Meinung waren darüber einig, eine weitgehende Lähmung Deutschlands zu verlangen, die durch seine Entwaffnung, den Verlust Elsass-Lothringen und der polnischen Gebiete, die Reparationen und harte wirtschaftlichen Bestimmungen, die Besetzung des Rheinlandes während zumindest 15 Jahren erreicht wurde. 1919 hatten die Amerikaner und die Engländer doch die Franzosen gebremst, Paris wollte doch noch mehr erreichen, und die Ruhrbesetzung im Jahre 1923 hatte als eigentliche Absicht die Verwirklichung der Ziele, die man 1919 nur teilweise erreicht hatte, das heisst die Kontrolle über den industriellen Kern Deutschlands und die Schaffung eines Protektorats im Rheinland, und auch die Sprengung der Einheit des Reiches. Alles im Namen eines Sicherheitswillen gegen Deutschland, der sich durch zwei Kriege und dieses Feindbild erklären lässt.

Wenn der Krieg als solche keine große Reaktion gegen F in D verursacht hatte (Hauptfeind war GB) das Versailler "Diktat" und der Ruhreinmarsch verheerende Folgen. Kurzfristig, aber auch langfristig mit der Verachtung der Weimarer Republik und dem Anfang der Karriere Hitlers auf Reichsebene 1923.

1924 war doch ein Wendepunkt. Die Ruhrbesetzung scheiterte, letztes Ende weil Gross-Britannien und die Vereinigten Staaten nicht bereit waren, Frankreich als Hegemonialmacht in Europa zu dulden, und auch weil die französische öffentliche Meinung die Lasten einer Politik der Stärke gegen Deutschland als zu hoch empfand und in Mai 1924 bei den Wahlen die Linksparteien zur Macht verhalf: die Politik der Stärke war gescheitert, man sollte einen Ausgleich mit Deutschland suchen.

Deutscherseits Gustav Stresemann (Aussenminister von 1923 bis 1929) verstand nur durch ein Einvernehmen mit F könnte D hoffen, vorsichtig und langsam den Vertrag zu revidieren, in einem europäischen Einvernehmen.

Aristide Briand, Aussenminister von 1925 bis 1932, vertrat weitgehend diese Tendenzen. Bei der Lokarnokonferenz 1925 und in den folgenden Jahren versuchte er, gemeinsam mit seinem deutschen Partner Gustav Stresemann, den deutsch-französischen Gegensatz abzubauen. Diese Bewegung führte zur allmählicher Regelung der Reparationen, zur frühzeitiger Räumung des Rheinlandes im Jahre 1930, zu sehr wichtigen Handels- und wirtschaftsabkommen.

In seinen vielen Gesprächen mit Stresemann und bei seinem Europaplan im Jahre 1930 versuchte Briand einen europäischen Verbund mit einem deutsch-französischen Kern aufzubauen, der ebenbürtig mit den Vereinigten Staaten in den Wirtschaftsfragen verhandeln könnte und der auch einen sicheren Damm gegen die Sowjetunion aufstellen könnte.

Diese Politik hatte seine Chancen. Sie scheiterte doch am Fortbestehen des Ressentiments in Deutschland trotz Locarno seit 1919, sie scheiterte auch an den Aufstieg des Nationalsozialismus ab 1930, an das Zusammenprallen der nationalen und wirtschaftlichen Interessen während der grossen Wirtschaftskrise. Gleichzeitig war für viele Franzosen, die die Locarnopolitik unterstützt oder zumindest geduldet hatten, Deutschland wieder der Feind. Hitler und die deutsche Besetzung während des Krieges mit seinem Elend könnten diese Überzeugung nur vertiefen und ein riesiges Trauma verursachen. Aber man muss differenzieren. Für die einen war Deutschland als solche der Feind. Für die anderen war es der Nationalsozialismus. Für die letztgenannten war es denkbar, mit einem regenerierten, demokratischen Deutschland nach dem Kriege in einem neuen Europa zusammenzuarbeiten, um neue Kriege zu vermeiden. Diese Haltung war gewiss 1945 in der Minderheit, sie sollte sich doch später allmählich behaupten.

1945: Eine Deutschlandpolitik 1914-1923er Prägung?

Obwohl 1945 die Planung in Paris über Deutschland noch sehr hart war. De Gaulle, chef der provisorischen Regierung damals, beschloss:

- Annexion des Saarlandes
- Trennung des Rheilandes, stark am F gebunden, militärisch besetzt, wirtschaftlich einverköpert, praktisch Protektorat.
- Trennung des Ruhrgebiets, unter internationalen Kontrolle.

Haupttrichtung französische Sicherheit. Für Restdeutschland: letztes Ende keine Zerstückelung sondern ein sehr losen Staatenbund.

1946 war den Nachfolgern De Gaulle's schon klar, die Politik von 1943-1945 überholt war: die Alliierten waren dagegen, und das erschöpfte F. besass die Mittel dazu nicht.

Hauptsache war aber der allmählichen Übergang in Paris von der Perzeption der deutschen Gefahr zur perzeption der russischen Gefahr (am Anfang des Kalten Krieges und wegen der sowjetischen Expansionspolitik in Europa) über ein Zwischenstadium: die Gefahr eines D, das von Moskau kontrolliert würde (Rappallokomplex).

Letzte Etappe dieser Entwicklung war die Londoner Konferenz 1948: die Franzosen (mit ganz knapper Mehrheit im Parlament) nahmen die Errichtung der BRD an, das heisst ein Bundesstaat und kein Staatenbund, und damit ihre frühere Pläne endgültig absagten, weil dagegen (das war der Austausch) die Amerikaner sich bereit erklärten, eine Sicherheit Garantie zu geben; das führte 1949 zur Atlantischen Allianz. Die Sowjetische Gefahr war jetzt grösser als die deutsche empfunden.

1948-1952: die Europäische Lösung der deutschen Frage. Die historische Wende.

Im Sommer 1948, gleich nach London, kamen das AA und Bidault zum Schluss, F sollte seine Politik D gegenüber ganz revidieren: die Gründung eines deutschen Bundestaats (die BRD) statt einen losen Staatenbund war jetzt unvermeidlich, Paris sollte das in Kauf nehmen und sich nicht isolieren. Der europäische Moment trat dann in Vordergrund (nach der Haag Konferenz in Mai): man würde Europa aufbauen, um D zu kontrollieren in einem europäischen Rahmen, der sowohl den Deutschen wie den Amerikanern annehmbar wäre. Diese Grundtendenz schwankte danach manchmal, blieb aber doch später bis zum Maastricht Vertrag vorhanden.

Deswegen der Schumanplan einer Montanunion in Mai 1950, deswegen, wegen des Koreakrieges und des Druckes der Amerikaner zur Wiederbewaffnung D's, die Idee einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft in Oktober 1950.

In allen Fällen ging es zwar um einen aufrichtigen europäischen Konzept, der seit 1943 bei verschiedenen Kreisen in F vorhanden war. (Rolle Robert Schumans, Aussenminister von 1948 bis 1952).

Es ging aber auch um die Kontrolle über D: dieses Europa wäre von Paris her geleitet. Das war auch eine Modernisierung älterer Pläne, auch für Leute wie Bidault.

Denn man D immer noch fürchtete: sei es den deutschen Nationalismus und Revanchismus an sich, sei es die Tatsache dass ohne einen starken europäischen und westlichen Rahmen, D könnte versucht sein, sich mit Moskau zu arrangieren, um die deutsche Frage zu lösen.

Aber Leute wie Monnet und Schuman waren von den alten Denkkategorien des europäischen Gleichgewichts gefreit: sie wollten eine echte Aussöhnung zwischen beiden Ländern, und einen echten europ. Aufbau. Hauptsache war für sie die Errichtung eines europ. Systems wo D und F auf der gleichen Ebene stehen würden.

Diese grundlegende Option zur Versöhnung in einem europ. Rahmen teilte auch Bundeskanzler Adenauer. Nur durch die Versöhnung mit F könnte die BRD glaubhaft werden (das grösste europ. Problem seit 1870). Nur durch die europ. Integration, die die Furcht der Partner erlöschen würde, könnte Bonn die Gleichberechtigung erlangen und ihre Interessen wahren.

Was die deutsche Frage an sich anbelangte, die Wiedervereinigung stand immer noch, im Westen wie im Osten, an der Tagesordnung. Deswegen bereiteten die Franzosen den Deutschland Vertrag von Mai 1952 sehr sorgfältig vor. Die AS und die Deutschen hätten eine volle Souveränität der BRD gewünscht, befreit von Potsdam. Für Adenauer ging es um die Gleichberechtigung.

Aber die Franzosen bestanden darüber, dass die Viermächte Rechte von Potsdam über D als ganzes und Berlin erhalten blieben. Sehr wichtig bis 1990.

Warum?

- Vorsicht Moskau gegenüber: nicht provozieren. Das entsprach die allgemeine franz Haltung während des Kalten Krieges.

- Kontrolle und Mitspracherecht über die Entwicklung de deutschen Frage;

- Rückversicherung nach Moskau: Gefühl die Amerikaner wären zu geneigt, eine enge Beziehung mit Bonn, gefährlich für die franz Interessen, zu unterhalten.

1952: die doppelte Sicherheit. Am kern der franz. Hintergedanken bis zum Ende des Kalten Krieges und zur d. Wiedervereinigung.

Die Stalin-Note in März 1952 stellte in ganzer deutlichkeit die deutsche Frage.

Ein wiedervereinigtes D, neutral, das heist ohne Bindungen, wie von Stalin vorgeschlagen, wäre für die Franzosen das allerschlimmste gewesen.

a) Mehrheitliche Meinung in Paris: das beste war doch die endgültige Teilung (auch wenn die offizielle Politik des Westens die Wiedervereinigung war) und die Einbeziehung der BRD in Europa. So könnte man was ich die "Doppelte Sicherheit" nene, erreichen:

- Sicherheit (oder zu mindest Überlegenheit) D gegenüber dank der Teilung;

- Sicherheit gegen die SU dank dei Westbindung der BRD.

Die perfekte Lösung für die meisten Verantwortlichen!

Aber für Robert Schuman zu bequem und ungenügend: immer die Gefahr, Moskau würde die BRD mit Wiedervereinigungsvorschlägen verlocken. Und dann keine Garantien für Frankreich.

Langfristig die einzige Lösung (Brief an Eden in Mai 1952): ein freies, Wiedervereinigtes D eng verbunden mit dem Westen in einem europäischen Rahmen. Eindeutiger Sieg der Freiheit. Die einzige Lösung, die für den Westen und für F annehmbar war, und auch für die Sowjets (demokratisches, pazifistisches D, unter westlicher Kontrolle).

Man wird bemerken, letztes Ende prophetisch! Aber eine Minderheitsmeinung... An sich die Doppelte Sicherheit bis zur Wiedervereinigung. Die zweite Grundtendenz, mit der, der europäische Einbettung Deutschlands.

Der EVG Debakel und die Pariser Abkommen.

Die Franzosen hatten den Konzept einer europ. Armee (EVG) entwickelt um die deutsche Wiederaufrüstung zu kontrollieren. Aber mit dem Verzicht auf eine eigene nationale Armee! überwiegend wollte die öffentliche Meinung einen solchen Souveränitätsverlust nicht.

Scheitern der EVG vor dem franz Parlament in August 1954.

Adenauer (volle Souveränität hing damit) und die AS wütend.

Die Engländer und Pierre Mendès France könnten doch die Lage durch den Pariser Abkommen Oktober 1954 retten: Wiederbewaffnung D's und volle Souveränität, aber im Rahmen der NATO, ohne Europ. Armee.

Dritte Grundtendenz, auch wenn die Franzosen sie nur ungerne anerkennen: die Rolle der Vgt. Staaten für die Aussöhnung und Gleichgewicht zwischen beiden Ländern: 1950 und 1954 zum Beispiel. Ein Dreieck: wenn ausgewogen funktioniert das Verhältnis Bonn-Paris gut...

Aber 1954 beginnt auch eine vierte Grundtendenz; die Bilaterale Annäherung mit der BRD: Saarproblem geregelt, 1957 Rückkehr zu D (nicht geregelt seit dem Kriege, großer Zankapfel zwischen Bonn und Paris).

Der echte Anfang der bilateralen Beziehung, des Motors (früher: immer im Rahmen der Sechs).

1955-1958: Neuer Anlauf: Römerverträge und eine deutsch-franz. strategische Gemeinschaft?

Nach dem Scheitern der EVG wurde ein neuer Anlauf der europ. Integration 1955-1957 mit den römischen Verträgen (EWG) erfolgreich beschlossen.

Bei den schwierigen Verhandlungen spielte das deutsch-franz. Einverständnis die größte Rolle, insbesondere Dank Adenauer, der den Vorrang der Politischen Eintracht mit Paris über die wirtschaftlichen Interessen und gegen die Meinung vieler seiner Minister behauptete. Noch heute das Fundament der E Union. Das Motor springt an.

Es kam hinzu, Adenauer fürchtete 1957 eine Revision der amerikanischen Politik, wegen der sowjetischen nuklearen Fortschritte, und eine Vernachlässigung der europ. und

deutsche Interessen. Seinerseits fühlte sich Paris durch die Amerikaner während der Suezkrise im Herbst 1956 in Stich gelassen, als die sowjetische Bedrohung, mit dem blutigen Niederschlagen des ungarischen Aufstands im November 1956, wiederwuchs.

Daher 1957-1958 der Plan einer militärischen Zusammenarbeit, auch für Nuklearwaffen, zwischen Paris, Bonn und Rom. Ein strategischer Kern in Europa, um die Amerikaner zu zwingen, die europ. Interessen wahrzunehmen.

Sehr ernst; ein Neuanlauf der EVG? Ein Höhepunkt... Aber Rückkehr de Gaulle Juni 1958: er stoppte alles: Nuklearwaffen waren das Merkmal und das Instrument der nationalen Unabhängigkeit und könnten nicht geteilt werden.

Aber trotzdem fünfte Grundtendenz: Sicherheits und Verteidigungsdialog zwei Kontinentalländer, mit eigenen Sicherheitsinteressen, die mit den der AS (weiter von der Front) nicht immer ganz im Einklang stehen. Auch wenn D bis 2003 immer den Vorrang zur Sicherheitsbeziehung zu Washington gab, doch immer ein Dialog, auch nur um vermittelnd eine Kluft zwischen Paris und Washington zu vermeiden.

1958-1969: de Gaulle und ein renovierter europäische Konzert.

De Gaulle, zurück zur Macht 1958; wollte zweifelsohne die Aussöhnung mit D vertiefen und Westeuropa um die zwei Hauptsäule F und D aufbauen.

Aber unter franz Leitung:

- D war getrennt;
- durch seine Vergangenheit belastet;
- ohne Atomwaffen;
- war keine richtige Weltmacht mit Weltinteressen und Verantwortungen.

Von alledem war Adenauer bewusst, war aber bereit, mitzumachen, aus zwei Gründen:

- es ging ihm um die Festigung der Versöhnung (Elysée-Vertrag im Januar 1963);
- er fürchtete die Entspannungspolitik von JFK: Einvernehmen mit Moskau auf Kosten der BRD?

Deswegen folgte er dem de Gaulleschen Plan eine europäische politische und strategische Gruppierung: weitgehende Zusammenarbeit unter deutsch-franz. Federführung; Fouchetplan 1961-1962 zu SEchs, nach dessen Scheitern zu zwei; Elysée Vertrag.

Dieser Vertrag sieht eine politische, kulturelle, zivile (d-f Jugendwerk) aber auch strategische Zusammenarbeit vor.

Sehr nützlich: psychologisch und symbolisch, noch heute die Grundlage für die regelmässigen Treffen und die Zusammenarbeit: eine Sonderbeziehung in Europa.

Wurde 1982 und 1988 weiterentwickelt: d-f Verteidigungsrat.

Aber nicht die volle Entfaltung:

- De Gaulle stellte die BRD vor der unmöglichen Wahl zwischen Paris und Washington: die Nachfolger Adenauers könnten nicht mitmachen, die VStaaten waren doch die Sicherheitsgarantie D's...; der Bundestag setzte einen Präambel Mai 1963 mit Erwähnung der Atlantischen Allianz; Bonn wollte nicht Paris gegen Washington wählen (fr-amerik Beziehungen seit 1962 schlecht).

- Wegen de Gaulles Hintergedanken in Richtung Moskau. 1966 in Moskau 1966 sagte er Brejnew über die Wiedervereinigung: "weder sind wir erpicht noch haben wir es eilig".

Die Wiedervereinigung könnte nur bestenfalls langfristig geschehen, im Rahmen eines neuen Europäischen Sicherheitssystems ohne die NATO und Amerika und mit einer Reihe vernetzten Gleichgewichten:

- F und Russland würden gemeinsam das neue System leiten und Deutschland ausbalancieren;

- F aber mit seinem Atomwaffen und der Leitung Westeuropas würde auch die SU ausbalancieren.

Die SU aber auch selbstverständlich Bonn waren nicht interessiert.

1969 bis 1989: Zusammenarbeit im Rahmen der EWG, Gleichgewicht in der Ost-West Beziehungen.

De Gaulle's Nachfolger bis zum Ende des Kalten Krieges und bis zur Wiedervereinigung waren vorsichtiger als de Gaulle: sie führten die Treffen des Elyséevertrages fort, hegten aber keine grosse langfristige Pläne zur Überwindung der Teilung Europas und Deutschlands, zur Überwindung des Kalten Krieges mit einem Zurückziehen Amerikas. Sie stellten D vor einer unmöglichen Wahl zwischen Paris und Washington nicht.

Dank dieser Beruhigung der Verhältnisse wuchs die Zusammenarbeit ständig auf europäischer Ebene: zwischen Pompidou und Brandt (1969-1974): Beitritt GB, Europäischer Gipfel der Staatschefs, europ. Währungsschlange gegen die Schwankungen des Dollars.

Zwischen Giscard und Schmidt (1974-1981): Europäischer Rat, EWS (europ. Währungssystem).

Zwischen Mitterrand und Kohl: Unterstützung Kohls durch M in der Krise der Mittelstreckenraketen (Bundestag Rede März 1983) und der Mailandgipfel 1985, auf dem Weg zur europ. Einheitsmarkt.

Durch den zwei letzten "Ehepaaren" wurde die Zusammenarbeit stilisiert und für die öffentlichen Meinungen ganz sichtbar: sie wurde jetzt als selbstverständlich gesehen, als Bestandteil Europas. Die BRD wurde sogar für F ein Modell (Wirtschaft, Gesellschaft, Federalismus).

Alle drei unterstützten die Ospolitik Brandts und seiner Nachfolger: Entspannung, und Anerkennung der Teilung D's!!! An und für sich waren Pompidou und Giscard d'Estaing und M auch davon überzeugt, die Doppelte Sicherheit war für F die beste Lösung. Auch mit der leisen Rückversicherung nach Moskau gegen einen deutsch-amerikanischen Übergewicht.

Gleichzeitig Rückversicherung in Moskau: keine Wiedervereinigung (noch vorsichtiger als de Gaulle).

So ein Gleichgewicht, leider 1989 zerstört!!!

Mitterrand und die Wiedervereinigung.

Die Wiedervereinigung änderte die Voraussetzungen schlagartig...

Die Haltung Mitterrand's der Wiedervereinigung gegenüber ist meistens als rein negativ beschrieben worden. Das ist übertrieben: Mitterrand ist doch weniger negativ als Frau Thatcher gewesen, und er hat sich 1990 den neuen Verhältnissen schneller angepasst.

Seine Haltung gegenüber die deutsche Frage versteht sich im Rahmen seines Gesamtkonzepts zur Überwindung des Kalten Krieges, den er z B in seinem Buch von 1986 über die franz Aussenpolitik veröffentlicht hat.

Denn nach der Machtübernahme durch Gorbatschow war er überzeugt, die SU und Osteuropa würden sich in die Richtung eines reformierten, demokratisierten Kommunismus entwickeln; dann ein paneuropäisches Sicherheitssystem wäre möglich, das sowohl die NATO wie den Warschauer Pakt aufheben würde. Das war aber langfristig, wahrscheinlich auf 10 bis 15 Jahre, angelegt. Die raschen Ereignisse vom Herbst 1989 durchquerten den Plan.

Mitterrand hat dabei prinzipiell das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen nicht bestritten. Er wollte aber den Prozess bremsen und kontrollieren, um, wie er sagte, den Gleichgewicht in Europa zu bewahren. Er sah höchstens eine Art Konföderation zwischen beiden D vor, mit Erhaltung der Persönlichkeit der DDR und der "Werte des Sozialismus". Deswegen flog er nach Ost-Berlin am 20. Dezember 1989, als erster franz Staatsoberhaupt. Er hatte Gorbatschow vorgeschlagen, bei dem Treffen in Kiev am 6. Dezember, zusammen nach Berlin hinzufahren, um die Weiterexistenz der DDR als Bestandteil des Gleichgewichts in Europa feierlich zu demonstrieren. Nur in eine ferne Zukunft war eine echte Wiedervereinigung denkbar, mit bestimmten Bedingungen:

- Garantien für die Nahbarn (Oder-Neisse);

- eine Friedensordnung in Europa in Einvernehmen mit Moskau, mit einer paneuropäischen Konföderation, sozialistisch geprägt, die als Rahmen für die Entwicklung der deutschen Frage dienen sollte; das erklärte er Gorbatschow in Kiev am 6. Dezember;

- mit einer Sonderrolle für Paris und Moskau;

- diese Ordnung würde die NATO überflüssig machen und Amerika würde sich zurückziehen, eine begrüßenswerte Entwicklung für Mitteleuropa.

Nach den Wahlen von März 1990 in der DDR verstand Mitteleuropa, die Wiedervereinigung würde sehr schnell kommen. Er beugte sich vor dem Unvermeidlichen. Er hatte nur noch zwei Bedingungen:

- die Wiedervereinigung sollte im Einklang mit den Potsdamer Abkommen verlaufen (das führte zu den 2+4 Gesprächen und zum 2+4 Vertrag);

- D sollte noch vor der Wiedervereinigung die Oder-Neisse Grenze anerkennen: das war der eigentliche Beitrag F's damals.

Aber gleichzeitig kehrte Mitteleuropa zur alten Idee von Schuman und Monnet: jetzt dass der für Frankreich sehr vorteilhafte Kalte Krieg vorbei war, die einzige Möglichkeit, das jetzt wiedervereinigte D fest im europäischen Rahmen zu halten und das Gleichgewicht mit F zu befestigen war die Beschleunigung des Aufbaus Europa, die schon 1985 angefangen hatte. Das führte 1992 zum Maastricht Vertrag, das war die letzte Etappe der "deutschen Frage" in franz Sicht.

Man versteht jetzt die Ziele und die Hintergedanken, die franz Haltung zur deutschen Frage seit 1945 geprägt haben. Man strebte nach drei deutsch-franz Kriegen eine historische Aussöhnung gewiss an, man wollte aber auch die deutsche Frage in einem europäischen Rahmen halten, um ihre Entwicklung zu kontrollieren, ohne dass Frankreich zu viel im Vordergrund trat. Man wollte auch die deutsche Frage benutzen, um ein Mass an Überlegenheit über D sicherzustellen.

Und jetzt?

Die Partnerschaft lebt weiter, ist doch voraussichtlich an der Schwelle einer Krise, oder mindestens verliert ihre vorrangige Bedeutung. Nicht nur wegen der inneren Lage in beiden Ländern (Scheitern der Volksabstimmung über die europ. Verfassung in F am 29 Mai 2005, Neuwahlen in D.).

1) Das erste Problem: die Schwierigkeiten des franz. und des deutschen wirtschaftlich und sozialen Modelle (die auf der europäischen Ebene viele Ähnlichkeiten aufweisen).

Zur Zeit GB, Irland, Spanien, Niederland und Nordeuropa, mit einer viel liberaler Wirtschaft und Sozialpolitik, buchen bessere Arbeits und Wachstumsquoten.

Dieses Phänomen ist ziemlich rasch in Erscheinung getreten: es hindert die Handlungsfähigkeit des Ehepaar B's und Paris heute. Das britische Modell gewinnt zur Zeit...

2) Zweites Problem: Die Problematik der "Europe-puissance".

Frankreich: Europa als eigenständige Macht: mindestens seit 1956. Mindestens um die atlantische Allianz zu reformieren, mit einem europäischem Pfeiler, gegebenenfalls auch ausserhalb der Allianz, um die Vereinigten Staaten auszubalancieren (de Gaulle 1966, Chirac 2003).

Im Umfeld der Irakkrise: Was Paris jetzt vorschwebt, ist eine "Europe-Puissance", mit eigener aussen und verteidigungspolitischen Persönlichkeit, die fähig sei, Amerika auszubalancieren, mit einer Erweiterung nach Russland dank der Achse Paris-Berlin-Moskau und mit starken Bindungen zu Nord und Schwarzafrika.

Seit 1998 entwickeln sich doch die Dinge in diese Richtung, mehr als manchmal angenommen wird:

Längere Zeit D sehr zurückhaltend: Amerika nicht brüskieren! Und kein Wunsch, die zweite geige zu F zu spielen... Es hat sich mit Bundeskanzler Schröder aber abgeändert. Am 22 novembre 2002: gemeinsamer deutsch-franz Brief an die EU Partner.

Auch Jahrestag des Elysee-Vertrags am 22 Januar 2003: eine europ. Verteidigungsfähigkeit. Und seit 1999 hat Herr Schröder den Ausdruck "Europe-puissance" aufgenommen.

Seither langsamer aber deutlicher Fortschritt in dieser Richtung, bis in die jetzige Verfassung, obwohl noch keine unabhängige wirkliche europäische Macht.

Aber bei diesen Fortschritte ist die Rolle GB wesentlich: nicht mehr ein rein d-fr Motor...

Und das Scheitern der Verfassung (mit wichtigen Verteidigungsbestimmungen) bremst das sowieso.

Es kommt hinzu: als erster Kanzler seit Adenauer, wenn nicht überhaupt, war Schröder bereit, mit Paris ohne Washington zu marschieren. Ob sein Nachfolger/in dazu bereit sein wird?

3) Die neue europäische Verfassung von 18 Juni 2004.

Die jüngste Verfassung entstand aus einem deutsch-franz Einvernehmen:

Gewiss ein Schritt Richtung Integration, aber beim weiten noch kein Bundesstaat: Aussenpolitik, Verteidigung, Finanz und Steuerwesen, Sozialpolitik bedürfen immer noch einstimmige Entscheidungen. Bleibt auf der Ebene der zwischenstaatlichen Kooperation.

Es bleibt doch dahingestellt, ob die Verfassung vom 18. Juni 2004 (auch wenn sie endlich ratifiziert wird, was jetzt kaum möglich erscheint..) wirklich zur "Europe-puissance" führt.

Sowieso ist ihre Zukunft höchst fragwürdig...

Und sowieso will Paris eine "Europe-puissance", aber auf zwischenstaatlicher, nicht Bundestaatlicher Ebene: kaum möglich?

4) "Vorhut" oder nicht: jetzt die grosse Frage.

Abgesehen von der Verfassung, man glaubt jetzt in Paris, mit 25 Mitgliedern geht es nicht mehr.

Juni 2000 im Reichstag Jacques Chirac hat einen Vorhut "groupes pionniers", Vorhut, vorgeschlagen, um F und D, zwecks einer vertärkten Zusammenarbeit auch ausserhalb der Verträge, insbesondere für Wirtschaft, und Verteidigung.

Aber Berlin hat diese Vorstellung zurückgeworfen: kein Vorhut sondern ein EuropÄischer Bund der 25 im Gleichschritt mit einer wirksame Verfassung. (Seit mehreren Jahren hat die BRD mehrmals den Franzosen, eine gemeinsame Initiative in Richtung mehr Integration und zum europ. Bundesstaat gemeinsam zu ergreifen (Lammers Bericht 1994...); 2000 Fischer und ein Europ. Bundestaat...

Paris hat sogleich wissen lassen, er besteht auf dem Vorhut. Das Problem wird wahrscheinlich wie ein Gespenst längere Zeit noch in Europa lauern und die Effektivität des d-fr Motors beienträchtigen.

Denn die Auffassungen P und B sind da sehr verschieden; die Franzosen sind überzeugt, mit 25 Mitgliedern werden F und D nicht wie früher die Entwicklung der Dinge prägen und antreiben und kontrollieren können. Und sie sind für einen europ Bundestaat nicht sehr erpicht. Eine staatliche Zusammenarbeit innerhalb des Vorhutes ist dann die beste Lösung, um dem D-F Motor (und F) mehr Einfluss zu verleihen.

Aber Berlin glaubt an dem Federalismus

- Berlin weiss, die kleineren Länder (und die neu hinzugekommenen) die franz Vorstellungen nicht mögen: kein Wunsch, sie entgegenzutreten.¹

- wahrscheinlich kein Wunsch, die franz Hintergedanken zu fördern...

Dieser Unterschied war bis heute überdeckt durch Kompromisslösungen (wie Maastricht). Er ist jetzt, nach dem franz Nein am 29 Mai, eklatant.

Am 8. Juni hat Herr de Villepin als Ministerpräsident seinen Vorschlag von 2003 als Aussenminister wieder aufgerollt: ein Kern, "mit einer d-fr Vereinigung in gewissen politischen Gebieten", um aus der europ. Krise herauszukommen.

Sofortige Antwort Berlin: Nein.

Zwar 1994 hatte die CDU ein ähnliches Konzept entwickelt (Lammers-Schäuble).

Aber ob jetzt aktuell?

Die CDU - CSU hat wissen lassen:

- D und F sollen aufhören, die anderen Mitglieder beherrschen zu wollen; (internes Memo der CDU/CSU Fraktion, Juni 2005.

- die Achse Paris-Berlin-Moskau sei "merkwürdig".
- die Gemeinsame Landwirtschaftspolitik soll revidiert werden, um Geld für Zukunftsträchtigeren Vorhaben zu sparen.
- Der Türkei soll nur eine privilegierte Partnerschaft angeboten werden.

Konfliktstoff!!!

Können D und F weiterhin der Motor Europas bleiben?

Viele in F meinen der D-F Motor sei sowieso gescheitert. Es gibt auch Vorfälle im Feld der Industrie und Wirtschaft (Alstom, EADS...). Und die Niederlage der Verfassung in F am 29 Mai wird die Sache nicht helfen.

Mindestens: Der deutsch-franz. Motor der europäischen Integration ist immer noch notwendig, aber nicht mehr ausreichend.

Aber gleichsam ist vielleicht die Vorstellung einer Europe-puissance geleitet von Frankreich dank einem geschickten System zwischenstaatlicher Kooperationen, ausgeträumt. Es bleibt doch dahingestellt, ob man zu einem solchem Europe-puissance, von der NATO unabhängig, wirklich kommt.

Andererseits ist die deutsche, mehr föderative Vorstellung eines integrierten europ. Bundesstaat heute nicht sehr glaubhaft...

Ein neuer Anfang wird nötig sein (wie nach 1954 und dem Scheitern der EVG, auch ein franz. Vorhaben). D und F werden diesmal nicht ausreichen, aber ihre Eintracht wird doch nötig sein.

Hier eine Schlussbemerkung: das Ehepaar bestand zwar seit 1950, und ist sehr nützlich gewesen.

Aber es war auch ein Mythos: es gab auf beiden Seiten Hintergedanken, die seine volle Wirkung nicht entfalten liess:

- französischerseits Hintergedanken zur Kontrolle über D.
- deutscherseits auch: Bewusstsein, Paris war gegen die Wiedervereinigung; Versuchung, zwischen Paris und Washinton zu taktieren und so D's Rolle zu fördern.

Alles war 1989 blossgestellt.

Es ging den deutsch-franz Beziehungen seit mehreren Jahren eigentlich nicht so gut, abgesehen von 2003. Eine Neugründung war sowieso nötig.

¹ Arnaud Leparmentier Le Monde 16 dzcembre 2003.